



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 26. April 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im Weltjahr der Demokratie erwarten uns so viele Wahlen und Abstimmungen wie noch nie. Sie lenken damit den Blick auf die Demokratie als Staats- und Regierungsform und laden zur Bestandsaufnahme und Reflexion ein. Denn wahr ist auch: Neben den Anfechtungen von Systemkonkurrenten, die alternative Modelle offen und selbstbewusst vertreten – auch unter gezielter Nutzung geoökonomischer Instrumente – sind wir mit inneren Gefahren konfrontiert. In dieser Woche musste man den Blick nicht zu weit nach außen werfen, bewahrheitete sich doch einmal mehr, wo die Feinde unseres demokratischen Gemeinwesens ihre politische Heimat haben. Die in mehreren Bundesländern gesichert rechtsextreme AfD, deren Leitfigur Höcke in rechtlich zulässigerweise als Nazi bezeichnet werden kann, steht einmal mehr mit landesverräterischen Aktivitäten in der Presse. Erst vor zwei Wochen beriet der Bundestag über die AfD im Zusammenhang mit ausländischer Einflussnahme. Gestern folgte eine weitere, hitzige Debatte. Diesmal stand die Spionage-Affäre im Zusammenhang mit dem AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Kraus im Mittelpunkt.

Dessen Mitarbeiter soll als China-Spion im Europäischen Parlament gewirkt haben, wo er mittlerweile Hausverbot erhalten hat. Gegen Kraus selbst leitete die Generalstaatsanwaltschaft Vorermittlungen im Zusammenhang mit russischen und chinesischen Geldströmen ein. Damit folgt er nur wenig später seinem Kollegen Peter Bystrom, ebenfalls Europakandidat und Bundestagsabgeordneter, der auch im Blickfeld eines generalstaatsanwaltschaftlichen Vorprüfungsverfahrens steht. Die AfD kennen wir als eine Partei, die autoritären Regimen in der Welt huldigt und in ihren Reden beispiellose Ehrerbietung erweist, während sie mit Fake News die öffentliche Meinung in Deutschland zu manipulieren versucht. Es wird langsam unübersichtlich, ob die AfD jetzt eigentlich chinesische oder russische Interessen vertritt – deutschen Interessen und dem deutschen Bürger fühlt sie sich jedenfalls nicht verpflichtet. Sie ist eine Gefahr für unser Land!

Im demokratischen Spektrum unseres Parlaments hatten wir darüber hinaus auch einigen Dissens in der Sache auszutragen. Über drei wesentliche Aspekte berichte ich Ihnen in dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Für eine echte Wirtschaftswende in Deutschland
- Iran sanktionieren und die Revolutionsbewegung unterstützen
- Neustart in der Sportpolitik in Deutschland
- Gute Nachricht der Woche: Fast 100.000 Neueinträge bei Organspende

Für eine echte Wirtschaftswende in Deutschland!

Die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen zeitgleich zur weiteren Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland. Dieser Kontrast in der ökonomischen Entwicklung hat zum wiederholten Male Streit in der Bundesregierung ausgelöst: Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck streiten sich über ein sog. „Dynamisierungspaket“. Darüber hinaus haben Christian Lindner und die FDP dieser Tage eine ganze Reihe von Ankündigungen und Forderungen unterbreitet, darunter die Erhöhung des Grundfreibetrags sowie des Kindergeldes, einen automatischen Abbau der sog. kalten Progression bis hin zu erheblichen steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft, einem stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlages, Bürokratienteilnahmen und Steuererleichterungen für Überstunden.

Standpunkt: Die Union fordert bereits seit geraumer Zeit Maßnahmen zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“ ein und hat hierzu auch umfangreiche Vorschläge gemacht. Zu nennen ist hier insbesondere der 12-Punkte-Reformplan für eine starke Wirtschaft. Mit dem Leitantrag nehmen wir die FDP beim Wort und verleihen unseren Forderungen Nachdruck; freuen uns zugleich auch darüber, dass sich die FDP viele unserer Forderungen zu eigen gemacht hat. Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu braucht es kein Showfeuerwerk von Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen. •

Iran sanktionieren und die Revolutionsbewegung unterstützen

Der Iran hat erst erstmals direkt von seinem Staatsgebiet aus Israel mit Drohnen und Raketen angegriffen. Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer stetig zunehmenden und von Iran ausgehenden Eskalation. Gemeinsam mit seinen bewaffneten Unterstützern im Libanon, Jemen, Syrien und den Palästinensischen Gebieten schürt der Iran Konflikte und Hass im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Mit umfassenden Anträgen zur Sanktionierung des iranischen Terrorregimes und zur Unterstützung der iranischen Revolutionsbewegung haben wir uns bereits im Januar und September letzten Jahres deutlich positioniert. Demgegenüber agiert die Bundesregierung ziellos und schaut den Entwicklungen tatenlos zu.

Standpunkt: Zu lange wurde im Umgang mit dem Iran Nachsicht geübt, auch in der Hoffnung, vielleicht doch noch ein Atomabkommen zu erreichen. Spätestens jetzt muss die Bundesregierung ihre Iran-Politik korrigieren. Wir stehen an der Seite Israels. Die Verteidigung des Existenzrecht Israels darf dabei keine Phrase sein, sondern muss sich in einer konsequenten und wirksamen Iran-Politik der Bundesregierung widerspiegeln. Nur so kann der Iran eingeehrt und weiterer von ihm ausgehender Terror verhindert werden. Wir fordern die Listung der Revolutionsgardien auf europäischer sowie die Schließung des „Islamischen Zentrums“ in Hamburg auf nationaler Ebene. •

Für einen Neustart in der deutschen Sportpolitik!

Mehr als die Hälfte der laufenden Wahlperiode ist verstrichen und die sportpolitische Bilanz der Bundesregierung zeigt deutliche Defizite. Dies wird in drei wichtigen Handlungsfeldern der Sportpolitik besonders deutlich. Die Schaffung einer „unabhängigen Agentur“ für die Förderung im Spitzensport wird von wesentlichen Akteuren wie dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und den Landes-Sportbünden deutlich kritisiert. Mit der neuen Agentur wird keine Bürokratie abgebaut, vielmehr wird eine zusätzliche Instanz geschaffen, während die Unabhängigkeit der Agentur nicht gewährleistet ist.

Der Entwicklungsplan Sport sollte ein Herzstück für die Stärkung des Breitensports in Deutschland sein. Er ist gescheitert. Eine gemischte Arbeitsgruppe von Bund und Ländern, mit Vertretern aus Verwaltung, Sport, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, hatte über ein Jahr lang intensiv gearbeitet, um die Zukunft des Sports in Deutschland zu planen und zu gestalten. Die Länder haben die Zusammenarbeit mit dem BMI eingestellt, auch weil die Bundesregierung kein Geld für die Umsetzung des Plans zur Verfügung stellt. Zudem: Mehr als 50 Jahre nach den letzten Olympischen Spielen in Deutschland – und wenige Monate, bevor Paris unter den Augen der Welt ein großartiges Sportfest feiert – stockt die Umsetzung der Pläne für eine deutsche Olympiabewerbung.

Ein geplantes „Memorandum of Understanding“ von Bund und Ländern zur Vorbereitung einer Bewerbung kam bisher nicht zustande. Auch hier fühlen sich die Länder und der organisierte Sport vom BMI brüskiert.

Standpunkt: *Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Sportpolitik: Im Spitzensport brauchen wir transparente Förderung und klare Verantwortlichkeiten. Die Schaffung neuer bürokratischer Strukturen lehnen wir ab. Die abrupte Einstellung der Zusammenarbeit im Entwicklungsplan Sport durch die Länder zeigt: Die Bundesregierung muss ihre Kommunikation und Kooperation mit allen Beteiligten neu und vertrauensvoller ausrichten. Sie muss endlich die Bedeutung des Breitensports für unsere Kinder und Jugendlichen und für die Gesellschaft insgesamt anerkennen und entsprechend handeln. Ferner müssen die Planungen für internationale Sportereignisse, wie die Olympiabewerbung, verlässlich und in echter Partnerschaft mit allen Beteiligten erfolgen. •*

Ein Veteranentag für Deutschland

Mit großer Mehrheit der Bundesrat die Einführung eines Veteranentags beschlossen. Damit soll jedes Jahr am 15. Juni den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr Anerkennung und Dank ausgesprochen werden. Gleichzeitig soll er die Bemühungen um die soziale Versorgung stärken.

Geplant ist, jeweils am Wochenende vor oder nach dem 15. Juni in Berlin eine große Veranstaltung zu organisieren. Als Veteranin oder Veteran der Bundeswehr gilt, wer als Soldatin oder Soldat unserer Streitkräfte im aktiven Dienst steht oder aus diesem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist.

Standpunkt: *Mit unserem Antrag, den wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen eingebracht und verabschiedet haben, wollen wir Respekt und Anerkennung für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten in den Vordergrund stellen. Gleichzeitig ist es unser Anliegen, die Fürsorge bei im Dienst – insbesondere im Auslandseinsatz – erlittenen Schädigungen zu verbessern. Wir wollen bewusst einen sichtbaren und öffentlichen Gedenktag, der Bildungs- und Informationsangebote umfasst und auch die Beteiligung von Ländern und Kommunen vorsieht. Unsere Initiative unterstreicht die breite Anerkennung der Verdienste aktiver wie ehemaliger Bundeswehrangehöriger und macht das kontinuierliche Engagement der Union für die Belange der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten sichtbar. •*

Die gute Nachricht der Woche **Fast 100.000 Neueinträge im Organspende-Register**

Wer zu Organspenden nach dem Tod bereit ist, kann dies seit einem Monat auch online dokumentieren. Seit dem Start haben sich fast 100.000 Menschen dort eingetragen. Im Portal www.organspende-register.de können Nutzer ab dem Alter von 16 Jahren

hinterlegen, ob man nach dem eigenen Ableben zu einer Organspende bereit ist.

Eintragen kann man sich, indem man einen Ausweis mit Online-Funktion verwendet. Die Angaben sind freiwillig, kostenlos und können jederzeit geändert und gelöscht werden. Kliniken, die Organe entnehmen, sollen vom 1. Juli an gespeicherte Erklärungen suchen und abrufen können. Bis zum 30. September soll es möglich werden, digitale Erklärungen auch direkt über Apps der Krankenkassen einzutragen.

Das Register ist Kernstück eines 2020 unter Unions-Führung ausgearbeiteten Gesetzes, das auch auf leichtere Möglichkeiten zur Spendenbereitschaftsdokumentation zielt, um so noch mehr lebensrettende Organspenden zu realisieren. •